

Mitglied des Vereines konnte «jede unbescholtene katholische Arbeiterin» nach zurückgelegtem 16. Lebensjahre werden. Als Monatsbeitrag waren 30 Rappen zu bezahlen.

Der Vorstand hatte gemäss Statuten aus dem Präses zu bestehen, der ein Geistlicher sein musste und der Bestätigung durch das bischöfliche Ordinariat bedurfte. Der Präses leitete den Verein; ihm standen als weitere Vorstandsmitglieder eine Schriftführerin, eine Kassierin und die Leiterinnen der einzelnen Ortsgruppen zur Seite. Der Vorstand der Ortsgruppen bestand aus einer Leiterin und zwei Beisitzerinnen.

Der Arbeiterverband änderte in einer ausserordentlichen Vollversammlung im März 1920 seine Statuten dahingehend ab, dass auch für Arbeiterinnen die Möglichkeit geschaffen wurde, dem Verein als Sektion beizutreten.

Über die Auswirkung des Arbeiterinnenvereins gibt es keine aktenmässigen Aussagen. Vermutlich war die Einflussmöglichkeit im Kampf um eine Besserstellung der Arbeiterinnen durch die sehr enge Bindung an kirchliche Organe eingegrenzt. Sicherlich wirkte sich auch der Ausschluss der Frauen von politischen Entscheidungsmechanismen und die doppelte Belastung der Frauen in Erwerbstätigkeit und Haushalt nachteilig für die Durchsetzung ihrer Interessen aus.

Richtungskämpfe

Die Bestrebungen von Seiten der liechtensteinischen Geistlichkeit, die Arbeiterorganisation, bzw. deren Zielsetzung und Grundsätze in ihrem Sinne zu lenken, hielten auch nach der Gründung des Arbeitervereins an. Anlass dazu gab unter anderem das Rundschreiben der schweizerischen Bischöfe zum Eidgenössischen Bittag von 1920. Darin wurde festgehalten, dass Sozialismus und Christentum unvereinbar seien. Die Bischöfe warnten deshalb eindringlich vor einem Eintritt in sozialistische Vereine und Verbände. Das Auf-Distanz-Gehen der Schweizer Bischöfe gegenüber der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz war vor allem dadurch bedingt, dass die 1888 gegründete schweizerische Sozialdemokratie nach einer demokratischen Epoche bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunächst durch den deutschen Marxismus beeinflusst war. Dies zeigt sich im Programm der SPS von 1904, in welchem der gewerkschaftliche Kampf als «Ergänzung des proletarischen Kampfes» verstanden wurde und der «proletarische Klassenkampf» im marxistischen Sinne vertreten wurde. Während und nach dem Ersten Weltkrieg geriet die SPS teilweise in den Einflussbereich internationaler revolutionärer Strömungen und des russischen Bolschewismus. Noch 1920 erwog der Parteivorstand den Anschluss an die Kommunistische Internationale, und im Parteiprogramm von 1920 wurde die «Diktatur des Proletariats» als Ziel sozialdemokratischer Politik bezeichnet. Mit der Abspaltung des radikalen linken Flügels der SPS, der sich im März 1921 als Kommunistische Partei der Schweiz organisierte, begab sich die